

Sozialdemokratischer Presse Dienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

Heimut Rohde MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert das Scheitern des Bildungsgesamtplans: Keine Planung - nur noch Kommissionen. Seite 1

Lothar Löffler MdB erinnert an Louise Schroeder: Aus Liebe zum Menschen. Seite 3

Wolfgang Clement kommentiert die eunuchenhafte Neuwahlen-Diskussion: Die Koalitionsregierung ist so stark, wie sie es will. Seite 5

Hermann Scheer MdB untersucht die Verbindungslinien zwischen deutscher Sozialdemokratie und amerikanischer Friedensbewegung: Politische Chance und Hoffnung. Seite 6

Volker Neumann MdB setzt sich für Wirtschaftstatt Katastrophenhilfe für Polen ein: Mit der Hilfe nicht nachlassen. Seite 7

Carlheinz Moesta MdL zum Stuttgarter Mediengesetz-Entwurf: Ein mißratenes Einzelstück. Seite 8

Sozialdemokratischer
Presse Dienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

37. Jahrgang / 61

30. März 1982

Keine Planung - nur noch Kommission

Der Bildungsgesamtplan an der Union gescheitert

Von Heimut Rohde MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Überraschend kam die Nachricht nicht, daß vor allem durch die CDU/CSU-regierten Länder die deutsche Bildungsplanung für die 80er Jahre nunmehr völlig gescheitert sei. Die deutsche Öffentlichkeit war vorgewarnt. Wie jahrelang der Streit um die Inhalte einer Bildungsplanung in Deutschland geführt worden ist - von der Unions-Ablehnung gegenüber den Gesamtschulen bis hin zu den Verhandlungen mit den Finanzministern -, war ein unübersehbares Signal. Das Resultat ist ziemlich trostlos: Zunächst arbeitete eine extra gegründete Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) - dann wird die Bildungsplanung von der Tagesordnung abgesetzt, und es bleibt nur noch die Kommission. Fragt man sich: wie lange eigentlich noch?

Das ganze, sich über lange Zeit erstreckende Tauziehen hat schließlich zu einem Armutszeugnis und zu einem Kapitulationsakt geführt. Insgesamt hängt man ziemlich kraftlos in den Sielen und beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die rund zwanzig Kulturhoheiten nunmehr jede in ihrem eigenen Land zusehen soll, wie es weitergeht. Das wird uns am gleichen Tage mitgeteilt, an dem ansonsten über die Jubi-



läumsfeier aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Europäischen Gemeinschaft berichtet wird. In der Bundesrepublik können sich die Verantwortlichen aber noch nicht einmal untereinander verständigen, wie für die Kinder des eigenen Volkes die Bildungsangebote insgesamt richtig und in gerechter Weise entwickelt werden sollen.

Die Aussichten sind nicht beruhigend. Wenn einer der Beteiligten feststellt, dieses Scheitern bedeute den Verlust von "Priorität der Bildungspolitik", dann hat das Konsequenzen. BAföG für die Schüler, Berufsbildungsfinanzierung, Lehrerzahlen und vieles andere mehr - da sollen nach dem Willen der CDU/CSU neue Rechnungen aufgemacht werden. Zu wessen Lasten das geht, weiß jeder. Das alles geschieht ausgerechnet in einer Zeit, in der auch mit den Mitteln und Möglichkeiten des Erziehungswesens, der Bildung, der Beitrag gegen Arbeitslosigkeit und für die Bewältigung des technischen und wirtschaftlichen Wandels geleistet werden muß. Wer Erfahrung hat, weiß: Wenn bei bedrohlicher Arbeitslosigkeit auch in der Bildung nachgelassen wird, dann wird es mehr als kritisch.

Aber diese ganze Vorgang berührt nicht nur den Bereich der Bildung. Es ist enttäuschend, wie kalt und zynisch heute Institutionen, Gremien, ja demokratische Substanz angegriffen wird. Das reicht von der Bildungsplanung bis zu der Art und Weise, wie heute mit dem Deutschen Bundestag und seinen Beschlüssen von der Mehrheit der CDU/CSU-Länder umgegangen wird. Ich meine damit nicht nur den rüden Ton, sondern vor allen Dingen das Klima permanenter Drohung gegenüber den Initiativen und Aktionen der Bundestagsmehrheit. Das hat weniger mit Bund-Länder-Verhältnis als mit politischem Machtkampf in der Bundesrepublik zu tun. Und das reicht schließlich über die Grenzen hinaus bis hin zu den Reisen nach Washington, wo einer dem anderen die Türklinke in die Hand gibt und auf amerikanischem Boden ersatzweise deutsche Innenpolitik betreibt. Strauß hat gezeigt, was man sich in dieser Beziehung künftig zu erlauben gedenkt.

Insofern ist der Umgang mit der Bildungsplanung bei der Union kein einmaliger Akt. Das ist eine mehr als bedenkliche Art und Weise, mit der Zukunft der bundesrepublikanischen Demokratie zu verfahren.
(-/30.3.1982/ks/ca)

+ + +



Aus Liebe zum Menschen

Louise Schroeder wäre am 2. April 95 Jahre alt geworden

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Wenn ich heute - fast 25 Jahre nach ihrem Tod - an den Geburtstag von Louise Schroeder erinnern will, die vor 95 Jahren, am 2. April 1887, in Altona geboren wurde, dann möchte ich dies nicht nur gegenüber alten Weggefährten tun. Ich möchte erinnern an die erste Hälfte unseres Jahrhunderts, die von Verzweiflung, Not, aber auch von Hoffnung geprägt war. Auf der Seite derer, die Hoffnung gaben und erfüllten, bewährte sich eine Frau, die aus einfachen Verhältnissen kam und einen Weg ging, der weit über die Zeit hinaus beispielhaft ist.

Louise Schroeder war schon früh ins politische Leben getreten. 1910 trat sie der SPD bei, für die sie im Jahre 1919 in die verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt wurde; Mitglied des Deutschen Reichstages war sie bis 1933. Ihr Engagement galt in diesen Jahren den sozialen Problemen, die besonders die Frauen und Jugendlichen betrafen. Für Mutterschutz und Wochenhilfe setzte sie sich in den Jahren bis 1930 besonders ein. Auch in Fragen des Jugend- und Arbeitsschutzes, des Arbeitervertragsrechts und der Wohlfahrtspflege war ihr Engagement groß und wirkungsvoll. In der Arbeiterwohlfahrt und in der Stadtverordnetenversammlung von Altona arbeitete sie seit 1919 intensiv mit. Sie konnte ihre Erfahrungen mit den Benachteiligten der Gesellschaft in die Arbeit im Reichstag einbringen. Ihr Arbeitspensum war groß; sie konnte es nur bewältigen, weil sie angetrieben wurde von dem leidenschaftlichen Willen, anderen Menschen zu helfen.

Die Jahre nach der Machtergreifung Hitlers brachten noch größere Probleme mit sich. Sie mußte auf alle Ämter verzichten, wurde von der Polizei überwacht und hatte große Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, den sie schließlich mit dem Erwerb eines kleinen Brotladens zu sichern hoffte. Aber auch dies schlug fehl, und mit der Übersiedlung in die Metropole Berlin begann ihre zweiter Lebensabschnitt.

Das Ende des Krieges erlebte sie krank und elend. Dreimal war sie ausgehobt worden, aber ihre Kraft war ungebrochen; sie blieb der Sozialdemokratie treu. Im SPD-Zentralausschuß übernahm sie die Leitung des Frauensekretariats. Damit geriet sie unter den Druck der Kommunisten, die "Überparteiliche" Frauenausschüsse forderten. Aber sie durchschaute diese Taktik, durch vermeintliche Überparteilichkeit den Einfluß der Kom-



munisten, dominieren zu lassen, und verweigerte die Mitarbeit. Die damals in Berlin tätigen Politiker standen im ständigen und täglichen Kampf mit der von Moskau geförderten SED, sofern sie sich der Umarmungstaktik entzogen hatten. Nach den Wahlen vom 20. Oktober 1946 wurde Louise Schroeder eine der drei Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Sie trat dann sogar an die Spitze der politischen Führung, als nach dem Rücktritt von Otto Ostrowsky Ernst Reuter die Bestätigung als gewählter Oberbürgermeister Berlins von den Sowjets versagt wurde. An dieser Stelle wirkte sie bis 1948 und blieb Stellvertreterin bis 1951.

Eine schmale, zerbrechlich wirkende Frau stand damit im Mittelpunkt des politischen Geschehens, das durch Not und beginnende Spaltung geprägt war. Aber die schwierige Geschichte Berlins in der Nachkriegszeit war in ihren Händen gut aufgehoben. Louise Schroeder hat in den kritischsten Phasen unserer Stadt an maßgeblicher Stelle für unser Überleben in Freiheit gekämpft und sich große Anerkennung erworben. Auch auf dem internationalen Parkett bestach sie durch ihre Bescheidenheit und Prinzipientreue. Selbst ihre politischen Gegner versagten ihr nicht die menschliche Achtung. Danach vertrat sie die Belange Berlins im Deutschen Bundestag und im Europarat.

Wenn man sich ihren Lebenslauf ansieht, dann ist es erstaunlich, welche menschliche Reinheit, ja manchmal sogar Naivität, sie sich bewahrt hat. So empörte sie sich bei einer Begegnung mit einem Berliner Abgeordneten (es war Ernst Lemmer), der ihr erzählte, daß er am Abend mit zwei Kollegen Skat spielen wollte, darüber, daß er damit einem noch jungen Kollegen, der zur Spielerrunde zählte, ein so schlechtes Beispiel gab und fügte mahnend hinzu, erspiele aber hoffentlich wenigstens nicht um Geld! Daß die Runde einen "Groschenskat" spielte, wagte der Gerügte gar nicht erst zu sagen.

Es war trotz der vielen schlimmen Erfahrungen ihres Lebens keine Bitterkeit in ihr. Sie muß eine große innere Kraft besessen haben, die ihr nicht nur die Schläge ertragen half, die ihre ganze Generation mit den Härten zweier Weltkriege traf, sondern darüber hinaus die Zuversicht gab, zweimal mitzuarbeiten an dem Aufbau eines gerechten und sozialen Gemeinwesens. Diese innere Kraft war die Liebe zum Menschen und die daraus resultierende Verpflichtung, der eigenen Vorstellungen und Haltung durch die Tat gerecht zu werden.

Louise Schroeder war den größten Teil ihres Lebens verbunden mit Berlin. Wir schulden ihr Dank für ihren Einsatz in besonders kritischer Zeit. (-/30.3.1982/va-he/ca)

+ + +



Eunuchenhafte Neuwahlen-Diskussion

Die Koalitionsregierung ist so stark, wie sie es will

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die von maßgebenden Sprechern der Union betriebene Diskussion um Neuwahlen hat, mit Verlaub, eunuchenhafte Züge. Die Albrecht, Späth, Stoiber und Co. reden über etwas, das sie nicht können.

Im Zweifelsfall kann bekanntlich ein Blick ins Grundgesetz hilfreich sein. Er gibt in diesem Fall sehr rasch Auskunft über die starke Stellung des Bundeskanzlers, die auf spekulative Weise, wie es die CDU/CSU jetzt versucht, bestimmt nicht erschüttert werden kann.

Daraus folgt aber auch, daß die Koalitionsregierung so stark ist, wie sie es will. Sie hat ihr Schicksal in der Hand und damit auch die Möglichkeit, jenen Spekulationen über die bloße Rechtslage hinaus den politischen Nährboden zu entziehen. Darauf kommt es jetzt an: Die Koalition muß ihren Zusammenhalt stärken, wobei klar konturierte Positionen der beiden Partner durchaus hilfreich sein können.

Um es an einem konkreten Beispiel zu erläutern: Daß die hessische FDP das von Holger Börner vorgelegte "Zukunfts-Investitionsprogramm" aus ihrer Warte durchaus kritisch angeht, ist nicht das Problem. Unterschiedliche Ausgangspositionen gehören zum A und O eines Bündnisses zweier unabhängiger Partner. Aber für eine Sachkontroverse, die für Volkswirtschaft und Arbeitnehmer zu etwas führen soll, ist es absolut unproduktiv, wenn der eine Partner, in diesem Fall die FDP, seine Kritik am anderen mit Zweifeln an dessen Koalitionsfähigkeit garniert. Das hilft keinem von beiden.

Im Übrigen sollten sich die Liberalen in diesem Zusammenhang vor dem Beifall mancher professioneller Beobachter hüten: Diejenigen, die Börner und dessen Investitionsprogramm heute am heftigsten schelten, das sind genau dieselben, die die SPD sonst zu mahnen pflegen, ihre Herkunft als Arbeiterpartei nicht zu verschludern. Diesen "Ratgebern" ist es nicht um einen Erfolg in der Sache zu tun, ihnen geht es, wie auch immer, um die sozial-liberale Niederlage.

PS: Bemerkenswert ist, daß es vornehmlich die Provinzfürsten der Union sind, die jene Neuwahl-Diskussion befeuern. Helmut Kohl hält sich zurück, weil er bei jedem Hauch eines Machtwechsels fürchten muß, daß seine Konkurrenten im Rennen um die Kanzlerkandidatur aus dem Hinterhalt hervortreten. Das Führungsvakuum, das dadurch entsteht, nutzen Franz Josef Strauß und Friedrich Zimmermann auf Ihre Weise, indem sie die Union kräftig nach rechts verziehen: Strauß, indem er immer unverhohlener zum Ost-West-Wirtschaftskrieg aufruft; Zimmermann dazu durch ein ziemlich unverantwortliches, jedenfalls unchristliches Anheizen der Ausländerproblematik in unserem Lande.

+ + +

PPS: Daß sich von Strauß auch hohe Beamte der amerikanischen Administration einspannen lassen, indem sie - wie auf dem jüngsten CSU-Kongreß geschehen - ungeprüfte platte Klischees über die Bundesrepublik verbreiten, statt sich darauf zu beschränken, amerikanische Politik zu erläutern, kann man nur mit Kopfschütteln quittieren. Herrn Ikles Auftritt in München war sicher kein Beitrag zu einem vertrauensvollen deutsch-amerikanischen Verhältnis.

(-/30.3.1982/ks/ca)

+ + +



Politische Chance und Hoffnung**Deutsche Sozialdemokratie und amerikanische Friedensbewegung**

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Senatoren Kennedy und Hatfield haben sich vor wenigen Tagen an die Spitze der neuen amerikanischen Friedensbewegung gestellt. Die inneramerikanische Opposition gegen die Reagan-Administration beginnt, sich auf diesem Wege zu formieren, nachdem es Reagan lange Zeit gelungen war, die Opposition im Kongreß zu spalten. Die Initiative von über 100 Kongreß-Mitgliedern und nun der spektakuläre Vorstoß von Kennedy für ein Kernwaffenmoratorium bewirkten inzwischen eine rasche Reaktion von Reagan. Dessen Aufforderung an die Sowjetunion für einen gemeinsamen Kernwaffenstopp zeigt, wie stark er die politische Kraft der neuen amerikanischen Friedensbewegung einschätzt.

Es gibt Stimmen in der deutschen außerparlamentarischen Friedensbewegung, die in der amerikanischen Friedensbewegung eine Bestätigung ihrer Position - auch dort, wo sie gegen die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gerichtet ist - sehen. Dies erfolgt freilich nach dem Strickmuster: hier die abrüstungsorientierten Friedensbewegungen, dort die rüstungsorientierten Regierungen. Eine solche Betrachtungsweise wird aber weder der Position der deutschen Regierung noch der neuen amerikanischen Friedensbewegung gerecht.

- Die amerikanische Friedensbewegung ist vor allem eine deutliche Unterstützung für die Bemühungen der deutschen Regierung in ihren Auseinandersetzungen mit der Reagan-Administration. Unsere Bemühungen um eine Aufrechterhaltung und Fortführung der Entspannungspolitik einschließlich des wirtschaftlichen Austauschs, um eine wirkungsvolle Senkung der Raketenrüstung und um Fortschritte in der nuklearen Abrüstung entsprechen den Forderungen der neuen amerikanischen Friedensbewegung.
- Die politische Qualität der neuen amerikanischen Friedensbewegung besteht dabei darin, daß hier ein Zusammenwirken der freien gesellschaftlichen Initiativen mit der parlamentarischen Opposition im amerikanischen Kongreß erfolgt. Deshalb ist ihr Ansatz politischer, was erklärt, warum die Reagan-Regierung so rasch darauf reagieren mußte.
- In dem Maße, wie sich die CDU/CSU als Mitspieler der Reagan-Administration ihrer Abkehr von der Entspannungspolitik und ihren Rüstungsplänen anbot und in Amerika die Stichworte gegen die deutsche Bundesregierung lieferte, wurde es erforderlich, daß auch die Bundesregierung für ihre Politik einen inneramerikanischen Partner findet. Für die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist es notwendig, gegenüber dem amerikanischen Bündnispartner die eigenen politischen Standpunkte zu vertreten und dabei dennoch ein möglichst vernünftiges Verhältnis zur gewählten amerikanischen Regierung zu versuchen. Gleichzeitig ist es aber notwendig, die Kontakte zu der neuen amerikanischen Friedensbewegung und hier insbesondere zu den Kongreßmitgliedern zu intensivieren. Für die Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie ist die neue amerikanische Friedensbewegung eine politische Chance und eine Hoffnung.

(-/30.3.9182/bgy/ca)

+ + +



Mit der Hilfe nicht nachlassen!
-----**Wirtschaftshilfe für Polen sinnvoller als Katastrophenhilfe**

Von Volker Neumann MdB

Obmann im Unterausschuß Humanitäre Hilfe

Den deutschen Hilfsorganisationen und den deutschen Bürgern ist zu danken, daß sie dem polnischen Volk in der aktuellen Notsituation zur Seite stehen. Das Deutsche Rote Kreuz bezeichnet seine Hilfsmaßnahmen als die größten seit dem Kriege. Der deutsche Caritas-Verband ist in der Koordination für die internationalen Caritas-Verbände ebenso tätig, wie das Diakonische Werk, das im polnischen Ökumenischen Rat seinen Partner hat. Die Arbeiterwohlfahrt hat Patenschaften für Kindergärten und Krankenhäuser übernommen.

Alle Hilfsorganisationen haben jetzt in einer Bundestagsanhörung erklärt, daß sowohl die private Hilfe als auch die der Organisationen die Empfänger erreicht. Übereinstimmend erklären die Hilfsorganisationen auch, daß ein großer Bedarf besteht bei der Versorgung für Säuglinge, Kinder und alte Menschen.

Die humanitäre Hilfsaktion beschränkt sich nicht allein auf die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und die medizinische Versorgung, sondern schließt auch Hygiene-Artikel und Kleidung ein. Dennoch werden alle Maßnahmen in Anbetracht der Lage in Polen als "Tropfen auf den heißen Stein" bezeichnet, da es ebenso notwendig sei, neben der Linderung der aktuellen Notlage die Voraussetzung zu schaffen, daß das polnische Volk sich allein helfen kann.

Deshalb sind die Anforderungen auch an solche Hilfsgüter groß, die nicht im klassischen Sinne als Katastrophenhilfe geliefert werden. Im landwirtschaftlichen Bereich fehlt Saatgut, Düngemittel und es fehlen Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen. Im Gewerbe und industriellen Bereich fehlen Ersatzteile, die die Voraussetzung für eine Produktion sind.

Da die Polen infolge mangelnder Devisen nicht in der Lage sind, diese Gegenstände in der westlichen Welt zu kaufen, ist dringend eine Unterstützung erforderlich, wenn Polen nicht auf lange Zeit zu einem "Entwicklungsland in Europa" werden soll. Aus den Berichten der Hilfsorganisationen wird deutlich, daß die Forderung nach wirtschaftlichen Sanktionen das polnische Volk in eine noch größere Katastrophe führen würde, als es sich schon heute befindet.

Die Hilfsorganisationen berichten übereinstimmend, daß die deutsche Hilfe von der polnischen Bevölkerung hoch bewertet wird und das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen sich durch die Hilfe der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik grundlegend verändert hat. Es bleibt zu hoffen, daß die Hilfsanstrengungen der Bürger und vor allem der Hilfsorganisationen mit ihren Helfern nicht nachläßt. Darüber hinaus ist aus humanitären Gründen auch zu überlegen, ob nicht eine Wirtschaftshilfe für Polen heute sinnvoller ist, als eine Katastrophenhilfe in den nächsten Jahren. (-/30.3.1982/hl/ca)

+ + +



Ein mißbratenes Einzelstück und kein Modell

Lothar Späth will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verdrängen

Von Dr. Carlheinz Moesta MdL

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz und
Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD

Da liegt er nun auf dem Tisch: der von der baden-württembergischen Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Ordnung der Neuen Medien, von dem die Stuttgarter Autoren Beachtung auch jenseits der Landesgrenzen erwarten. Sie meinen gar, er sei als bundeseinheitlicher Mustergesetzentwurf geeignet, und selbst die SPD-regierten Länder werden um Zustimmung gebeten. Ob es Lothar Späth tatsächlich um einen neuen Konsens zwischen den Ländern geht, nachdem der alte Konsens vor allem von ihm hintertrieben worden ist, oder ob er ein neues Alibi für seinen Alleingang sucht, kann dahingestellt bleiben. Denn schon jetzt muß festgestellt werden, daß die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfes mangels Übereinstimmung mit den medienpolitischen Grundsätzen der SPD in sozialdemokratisch regierten Ländern nicht Rundfunkrecht werden können.

Das Stuttgarter Staatsministerium will den Rundfunk für private und kommerzielle Betreiber öffnen. Diese sollen sich nicht nur der neuen Kabeltechnik bedienen, sondern auch drahtloser Frequenzen bemächtigen dürfen, die bisher allein dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Verfügung standen. Dieser soll zwar mit einer Bestandsgarantie versehen, aber auf dem derzeitigen Stand festgeschrieben, also von künftigen Entwicklungen ausgeschlossen werden. Dem privaten Funk soll die Zukunft gehören; der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf subsidiär die Restversorgung dort übernehmen, wo den privaten Anbietern der lukrative Anreiz fehlt.

Mit dieser Zielvorstellung geht Späth erheblich weiter als Vogels bereits verabschiedetes Gesetz für das Kabelprojekt Ludwigshafen-Vorderpfalz. Andererseits sind die baden-württembergischen Hürden für die Zulassung privater Rundfunkveranstalter höher als die (möglicherweise verfassungswidrig) niedrigen in Rheinland-Pfalz. Die Mainzer CDU sah sich beim Gesetzmachen vom jüngsten Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts noch nicht gebremst, die Stuttgarter Union hat ihm nolens volens Rechnung tragen müssen.



An den hohen Karlsruher Bedingungen für Rundfunk jedweder Provenienz werden Vogel und Späth noch zu beißen haben. Vogel könnte sich wegen seines Schnellschusses einer Klage gegenübersehen, Späth muß sich in Geduld üben. Ehe nicht das halbe Baden-Württemberg verkabelt ist, bevor nicht dreißig private Hörfunk- und Fernseh-Programmmacher gefunden sind, solange nicht gewährleistet ist, daß in lokalen Sendegebietern mindestens vier Produzenten miteinander konkurrieren, darf überhaupt keiner ans Netz. Denn "Karlsruhe" ist nahe!

Geduld wird auch gegenüber der Bundespost vonnöten sein, die allein für das Netz zuständig ist und ihre langfristigen Investitionspläne nicht alle Jahre nach dem medienpolitischen Gusto irgendwelcher Ministerpräsidenten ausrichten kann. Die Vollverkabelung auch nur der Hälfte eines unserer größeren Flächenstaaten ist keine Sache weniger Jahre, und die anderen Länder würden es nicht hinnehmen, wenn die Post ein Land über alle Maßen bevorzugt.

Aus allem wird zweierlei klar: Es werden erstens Jahre und Jahrzehnte ins Land gehen, ehe die Bundesrepublik in größerem Stil mit Kommerzfunk behelligt werden kann, und viele Blütenträume werden bis dahin welken. Damit entlarvt sich zweitens das angebliche Patentrezept zur Linderung aktueller Arbeitsmarktprobleme als dummes Gerede. Die verbleibende Zeit gilt es zu nutzen: Medienpolitik muß konkretisiert und ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden. Dann kann dem Wähler guten Mutes auch die wichtige Frage vorgelegt werden, wem der Rundfunk gehören soll: allen Bürgern oder wenigen Leuten mit Geld? (-/30.3.1982/va-he/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

